

Beschlussvorlage

zur Vorberatung im **Verwaltungsausschuss**
zur Behandlung im **Gemeinderat**

Betreff: Klimaschutzoffensive; Stellenschaffung für
Energiesparmodelle für Kinder- und Jugendeinrichtungen
Bezug: 46/2019
Anlagen: 0

Beschlussantrag:

Im Vorgriff auf den Haushalt 2020 wird – vorbehaltlich einer Förderung durch die nationale Klimaschutzinitiative - für die Stabsstelle Umwelt- und Klimaschutz eine Stelle „Energiesparmodelle / Umweltpädagogik“ (1,0 AK) befristet bis zum 31.12.2023 geschaffen und für eine Besetzung ab dem 01.01.2020 freigegeben.

Finanzielle Auswirkungen	HH-Stelle	2020 – 2023
Verwaltungshaushalt		
Personalausgaben, Umwelt- und Klimaschutz	1.1200.4000.000	251.000 €
Zuweisungen des Bundes	1.1200.1700.000	163.000 €
Deckung durch Klimaschutzreserve	1.9100.8500.000	88.000 €
Saldo		0 €

Ziel:

Stellenschaffung zur Umsetzung von Energiesparmodellen an Schulen und Kindertageseinrichtungen mit einem Aktivitätsprämiensystem und einer starken umweltpädagogischen Komponente.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Mit Vorlage 46/2019 wurde vom Gemeinderat beschlossen, Schulen und Kinderhäusern ein Aktivitätsprämiensystem als Weiterentwicklung der ausgelaufenen „klassischen Fifty-fifty-Modelle“ der Klimaschutzoffensive anzubieten und dafür 80 t€ für die kommenden vier Jahre aus der Deckungsreserve Klimaschutz bereitzustellen. Diesen finanziellen Aufwand hatte die Verwaltung aus den Beteiligungsquoten von 10 – 12 Einrichtungen am „klassischen Fifty-fifty“ abgeschätzt. Doch es konnten nun deutlich mehr Einrichtungen gewonnen werden, die am Aktivitätsprämiensystem zum Energiesparen teilnehmen möchten, so dass die bisher kalkulierten und freigegebenen Mittel in Höhe von 80 t€ nicht mehr ausreichend sein werden.

2. Sachstand

Die Stabsstelle Umwelt- und Klimaschutz konnte inzwischen sechs Schulen und 21 Kindertageseinrichtungen gewinnen, die am städtischen Aktivitätsprämiensystem zum Energiesparen teilnehmen möchten. Es ist davon auszugehen, dass noch weitere Einrichtungen ihr Teilnahmeinteresse anmelden werden. Diese Anzahl an Einrichtungen ist laut Aussage der Förderberatung des Bundes bei weitem ausreichend, um im Förderprogramm der nationalen Klimaschutzinitiative einen Antrag auf Förderung einer vollen Personalstelle (üblicherweise in Entgeltgruppe 10 TVöD) für die Begleitung des Energiesparmodells einreichen zu können.

Die Verwaltung hat deshalb inzwischen einen Antrag beim Bund eingereicht, um einen 65-prozentigen Personalkostenzuschuss für eine Vollzeitstelle (E 10 TVöD) „Energiesparmodelle / Umweltpädagogik“ zu erhalten.

3. Vorschlag der Verwaltung

Im Vorgriff auf den Haushalt 2020 wird – vorbehaltlich einer Förderzusage des Bundes - eine Stelle „Energiesparmodelle / Umweltpädagogik“ in E 10 TVöD befristet vom 01.01.2020 bis zum 31.12.2023 geschaffen. Sobald die Förderzusage des Bundes vorliegt, wird die Stelle auf den 01.01.2020 ausgeschrieben.

4. Lösungsvarianten

Es erfolgt keine Stelleneuschaffung.

5. Finanzielle Auswirkungen

Für die Umsetzung des Aktivitätsbasierten Energiesparmodells mit starken umweltpädagogischen Komponente geht die Verwaltung über die Laufzeit von vier Jahren von Prämienzahlungen von rund 65 bis 80 t€ Euro (siehe Beschluss 46/2019) und Personalkosten in Höhe von 251 t€ aus. Dem stehen erwartete Personalkostenzuschüsse des Bundes in Höhe von 163 t€ gegenüber. Die Differenz wird aus der Deckungsreserve Klimaschutz getragen.

